Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus „Graphia"
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer Kč 1.40
(Im Ausland Kč 2.-)

Auslandspreise	Einzelnumm.		vierteljährl.	
Argentinien . . .	Pes.	0.30	Pes.	3.60
Belgien	Frs.	2 —	Frs.	24.—
Bulgarien	Lew.	8. –	Lew.	96
Danzig	Guld.	0.30	Guld.	3.60
Deutschland . . .	Mk.	0.25	Mk.	3.-
Estland	E.Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk.	4	Fmk.	48.—
Frankreich . . .	Frs.	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien . .	d	4.	sh.	4.
Holland	Gld.	0.15	Gld.	1.80
Italien	Lir.	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din.	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 10
Sonntag, 20. August 1933

Bezugspreis im Quartal Kč 18.-
(Im Ausland Kč 24.-)

Auslandspreise	Einzelnumm.		vierteljährl.	
Litauen	Lit.	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B. Frs.	2 —	B.Fr.	24.–
Norwegen	Kr.	0.35	Kr.	4.20
Oesterreich . . .	Sch.	0.40	Schill.	4.80
Palästina	Mils	18 —	Mils	216. –
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6 —
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24
Rumänien . . .	Lei	10.	Lei	120 –
Saargebiet . . .	F.Fr.	1.50	F. Fr.	18 —
Schweden	Kr.	0.35	Kr.	4.20
Schweiz	Frs.	0.30	Frs.	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.96

Ein Forum von Weltruf stellt fest:

Göring — ein Brandstifter und Morphinist!

Der Trick des Oberreichsanwaltes - er fordert Zeugen von Dr. Branting und Rolland

Unter dem Vorsitz von Lord Marley, dem Vizepräsidenten des englischen Oberhauses und unter der Beteiligung von weltberühmten Männern wie Professor Einstein, Nitti, dem ehemaligen Ministerpräsidenten in Italien, Branting, dem führenden schwedischen Sozialdemokraten, ist eine Untersuchung über den Reichstagsbrand geführt worden, deren Resultat nunmehr als „Braunbuch" vorliegt. Das Buch enthält erschütternde Dokumente, aus denen mit Sicherheit hervorgeht, daß der Reichstagsbrand von Göring und Konsorten angestiftet worden ist. Die Dokumente befinden sich unter notariellem Verschluß in einer ausländischen Hauptstadt. Die Sensation des Tages ist, daß der deutsche Oberreichsanwalt auf Grund dieser veröffentlichten Dokumente an Romain Rolland und Branting je einen Brief geschrieben hat, worin er um Angabe von Zeugen ersucht, während Göring mit einer Klage in Basel droht.

An dem Material des Braunbuchs ist monatelang gearbeitet und gesichtet worden. Die besten Juristen der Welt haben aus dem Berg von Dokumenten diejenigen herausgesucht, die jeder sachlichen Nachprüfung standhalten. Sämtliche Dokumente sind photographiert und sichergestellt worden. Sie bilden eine furchtbare Anklageschrift gegen das Hitlersystem.

Da uns nur Auszüge vorliegen, können wir nur die wichtigsten Dinge registrieren. Da ergibt sich, daß die Liste der Reichstagsbrandstifter von Goebbels über Göring, Graf Helldorf, den Fememörder Schulz bis zu Marinus van der Lubbe reicht. Es ist von ungeheurer Wichtigkeit, daß van der Lubbe ferner auf jener berüchtigten Liste steht, auf der Hauptmann Röhm die Namen seiner „Lieblinge" verzeichnet hat. Jahrelang hat van der Lubbe in engen Beziehungen zum Münchner Braunen Haus gestanden.

Von ebenso atembeengender Wirkung ist der zweite Teil des Braunbuches, der sich mit den sadistischen Folgerungen der Gegner des Regimes Hitler in den SA-Kasernen beschäftigt. Die objektiven Berichte aus den Lagern, die ergreifenden Briefe die Gefolterten, die Krankenhausatteste und ärztlichen Bescheinigungen — eine Welt von Grauen türmt sich hier auf, vor der die Nachwelt einmal fassungslos stehen wird. Die menschliche Sprache versagt fast, um die Dinge auch nur beim richtigen Namen zu nennen, wenn man erfährt, daß vertierte Sadisten einem Gefangenen eine Spiralfeder in den Mastdarm gedreht haben, um seine Eingeweide zu zerreißen.

Die Anfragen an Branting und Rolland

Das Buch ist von so ungeheuerlicher Wirkung, daß selbst der deutsche Oberreichsanwalt — ein gewagtes Stück — an zwei prominente Mitglieder des Komitees Briefe geschrieben hat.

In dem Schreiben an den Dr. Branting wird Bezug genommen auf einen im Kopenhagener „Sozialdemokraten" erschienenen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Wahrheit über den Reichstagsbrand". Aus diesem Artikel gehe hervor, daß B. einem Berichterstatter dieser Zeitung erklärt habe, Mitglied einer Kommission anerkannter Juristen zu sein, die demnächst im Haag ein Gutachten darüber abgeben würde, was in der Sache des Reichstagsbrandes für „Recht und richtig" erachtet werden solle. Aus dieser Aeußerung gehe hervor, daß B. über Material verfüge, das den deutschen Behörden und Gerichten nicht bekannt sei. Es habe sich weder beim Oberreichsanwalt noch bei den anderen Untersuchungsbehörden trotz wiederholter Aufforderungen ein Zeuge gemeldet, der andere als die in den Akten befindlichen Angaben gemacht hat. Das Reichsgericht wolle jedoch alle Umstände kennen lernen, die zur Aufklärung des Sachverhaltes dienlich sind und der Oberreichsanwalt bitte deshalb den Rechtsanwalt Branting, ihm das im Besitz der Kommission befindliche Beweismaterial zur Verfügung zu stellen, insbesondere jedoch die Anschriften von Zeugen, die bereit wären, vor dem Reichsgericht zu erscheinen.

In dem Brief an Romain Rolland heißt es, daß der Dichter in einem Schreiben an den deutschen Botschafter in Paris seine Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht habe, daß die der Brandstiftung beschuldigten Bulgaren unschuldig sind. Der Oberreichsanwalt nimmt an, daß Rolland für diese Annahme Beweise habe und, da die deutschen Untersuchungsbehörden den Sachverhalt nach jeder Richtung hin aufklären wollten, bittet der Oberreichsanwalt den Dichter, die Beweise zur Verfügung zu stellen.

Diese beiden Briefe sind Dokumente, die in der ganzen Welt das allergrößte Aufsehen erregen werden. Die Geschichte kennt kein Beispiel, daß das höchste deutsche Gericht Ausländer um Nennung von Zeugen ersucht. Der Reichsanwalt weiß, daß sich die Zeugen nicht nach Deutschland wagen könnten, aber er will den Anschein der Objektivität erwecken. Der deutschen Justiz wird allmählich vor der Empörung der Weltöffentlichkeit bange.

Das Vorleben des Psychopathen

Das Braunbuch veröffentlicht aber auch Angaben über Görings Vorleben. Es handelt sich dabei vor allem um die Behauptung, daß Göring ein schwerer Morphinist sei, der unter Erregungszuständen leide, und wegen der damit verbundenen Gefahren für die Umwelt mehrfach zwangsinterniert worden ist. Besonders schlimm ist dieser exzessive Morphinismus bei Göring aufgetreten während seines Aufenthalts in Schweden in den Jahren 1925 und 1926. Damals wurde er gegen seinen Willen in verschiedene schwedische Irrenanstalten (z. B. Konradsberg bei Stockholm und schließlich in der Irrenanstalt [illegible]) eingeliefert. Das Braunbuch bringt zum Beweise die Kartothekkarte der Aufnahme Görings in Langbro, Abteilung Tobsüchtige. Ferner wird faksimiliert ein Brief des schwedischen Gerichtsarztes Lundberg wiedergegeben, der bescheinigt, daß Göring an Morphiumsucht leidet.

Zu diesen Dokumenten können wir aus eigener Kenntnis mitteilen:

Im Schweden können die Gesundheitsakten öffentlich eingesehen werden. Die im März von der schwedischen Presse gebrachten Abschriften aus den Gesundheitsakten Görings sind niemals in ihrer Echtheit angezweifelt worden. Der deutsche Gesandte in Stockholm hat sich zwar mehr als zwei Dutzend Mal bei der schwedischen Re-

Ermordete Ozeanflieger

Litauer über Soldin von SA abgeschossen

Nachrichten von Kowno bestätigen das bereits vor Wochen in Berlin zirkulierende Gerücht, daß die beiden litauischen Ozeanflieger Starius und Girenas nicht das Opfer eines Unfalls geworden sind, sondern kurz vor ihrem Ziel am 17. Juli von Deutschen abgeschossen wurden. Nachdem die litauische Regierung eine Untersuchung angeordnet hatte, wurden die Leichen der beiden Flieger exhumiert; hierbei wurde festgestellt, daß einer von ihnen von drei Kugeln getroffen worden war und daß in einem der Särge sich drei Hände befanden!

Diese Feststellungen deckten sich mit den Mitteilungen, die unmittelbar nach dem 17. Juli über den „Unfall" der litauischen Flieger in die Oeffentlichkeit drangen. Danach war den Fliegern, die nach ihrem Start in New York 39 Stunden unterwegs waren, das Benzin ausgegangen. Sie suchten deshalb einen geeigneten Landungsplatz und überflogen gegen Mitternacht in einer Höhe von etwa 100 Meter das Arbeitsdienstlager bei Soldin. Die Lagerwache, die aus strammen SA-Leuten besteht, glaubte ein mit „staatsfeindlichen" Flugblättern beladenes Flugzeug vor sich zu haben und überschüttete es mit einem Hagel von Maschinengewehrschüssen. Die ersten Meldungen aus Soldin gaben diesen Tatbestand wahrheitsgemäß wieder. Der amtliche Bericht jedoch, der erst in den Morgenstunden herauskam, fälschte den Mord an den Fliegern in einen „Unfall" um. Alle beteiligten Kreise, einschließlich der Aerzte, die die Leichen besichtigten, waren eifrig bemüht, die Spuren des Verbrechens zu verwischen. Als trotzdem die Gerüchte nicht verstummten, wurde jenes famose „Dementi" der Regierung losgelassen, wonach es eine ungeheuerliche Verleumdung sei, daß die litauischen Flieger durch „deutsche Todesstrahlen" heruntergeholt worden seien. Daß nicht die geheimnisvollen „Todesstrahlen" sondern deutsche Maschinengewehrkugeln die Ursache des „Absturzes" waren, wurde von der deutschen Regierung vorsichtigerweise nicht dementiert.

Nun hat die Untersuchung der litauischen Regierung den Schwindel aufgedeckt und das Verbrechen der Hitler-Regierung vor aller Welt geoffenbart. Kein Hinweis auf „Irrtum" oder „Versehen" kann ihre Schuld mildern, denn sie war es, die durch ihren Schwindel über „feindliche Flugzeuge über Berlin" sowie durch ihre ständige Luftschutzpropaganda ihre Anhänger in eine wahre Psychose versetzte; sie war es, die durch raffinierte Vertuschungsmethoden die Wahrheit zu verbergen suchte und der litauischen Regierung gegenüber bewußt an einer lügnerischen Darstellung der Vorgänge festhielt.

Nun regt sich der Unmut und die Empörung in Litauen so stark, daß die Presse den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland fordern darf. Auch in diesem letzten Oststaat, in dem Deutschland noch einige Anknüpfungspunkte für sein diplomatisches Spiel hat, bricht die Empörung gegen Nazi-Deutschland spontan durch. Denn zu kraß ist die Lehre, die man hier aus dem Mord an den Ozeanfliegern zieht:

Man kann zwar ungefährdet den Ozean überfliegen, man läuft aber Gefahr von den Schergen Hitlers ermordet zu werden, wenn man die deutschen Grenzen überfliegt!!

gierung über die Angriffe der schwedischen Presse gegen Göring beschwert. Aber er hat nicht ein einziges Mal die Echtheit der veröffentlichten Dokumente angezweifelt, im Gegenteil, er hat sich beschwert, daß echte Dokumente veröffentlicht worden sind.

Das „Recht" zur Klage dürfte niemand Göring streitig machen. **Aber mit einer formalen Klage schafft man Tatsachen nicht aus der Welt. Und Tatsachen sind: Göring ist Urheber des Reichstagsbrandes! Göring war in schwedischen Irrenhäusern interniert!**

Und diesem Manne ist die Herrschaft über 65 Millionen Deutsche anvertraut!

Das Reichsgericht hat es abgelehnt, dem Ersuchen auf Zulassung von unabhängigen ausländischen Verteidigern zu entsprechen. **Die Antwort der Kulturwelt war die Bildung jenes Gerichtshofes in Haag, der aus dem angesehensten Gericht der Welt besteht und der in voller Oeffentlichkeit verhandeln wird. An diesem Gerichtshof können selbst die grimmigsten Verächter von Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit nicht vorübergehen.**

Entlarvtes Wirtschaftswunder

Abnahme der Arbeitslosigkeit? Nein, Abnahme des Arbeitseinkommens!

Würde der Erfolg im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit nur von Propagandameldungen abhängen, so wäre die Arbeitslosigkeit in Deutschland bereits verschwunden. Aber leider ist das nicht der Fall. Die Enttäuschung hat bereits zu amtlichen Warnungen vor dem Optimismus geführt. Höhnisch weist der württembergische Innenminister zu der Meldung, Ostpreußen sei frei von Arbeitslosen, darauf hin, es handele sich hier um rein ländliche Bezirke, deren Arbeitslose sich in der Erntezeit mit einigem Geschick leicht unterbringen ließen. Es frage sich aber, wann aus den Industriebezirken Preußens die Mitteilung komme, daß auch dort der letzte Arbeitslose untergebracht sei. Noch kritischer hat sich auf der Tagung der Arbeitsfront in Köln der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt geäußert:

> „Wir dürfen nicht glauben, daß wir durch gewaltsame Eingriffe, durch Siegesmeldungen über Beseitigung der örtlichen Arbeitslosigkeit das große Problem der wirklichen Beseitigug der Arbeitslosigkeit lösen können. Arbeitsbeschaffungsprogramme werden immer nur eine Zündung bedeuten, sie können nur dazu dienen, den bisherigen Zustand des Darniederliegens aufzulockern und die Voraussetzungen zu schaffen, die allgemeine Wirtschaft zu beleben. Jeder falsche Optimismus ist der Anfang eines Rückschlages."

Deutlicher brauchte von amtlicher Seite der Schwindel von dem Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht enthüllt zu werden. Das hat jedoch Hitler nicht gehindert, von dem großen „Generalangriff" gegen die Arbeitslosigkeit" zu sprechen, der bereits in seiner ersten Welle zwei Millionen Arbeitslose von der Straße geschafft habe. Die zweite Welle, die ab September beginne, solle dazu dienen, die im Sommer erreichten Erfolge zahlenmäßig auch im Winter zu halten. Die dritte Welle werde im nächsten Frühjahr beginnen und die Arbeitslosigkeit entscheidend zurückdrängen.

Statistisch wird dieses Ziel zweifellos erreicht werden. Man hat jetzt das Institut für Konjunkturforschung Herrn Goebbels unterstellt. Es wäre ein Wunder, wenn künftig über die Arbeitslosigkeit noch eine richtige Zahl aus dem Institut herauskäme. Aber ob die Zahlen über die Arbeitslosigkeit gefälscht werden oder nicht, ist künftig ganz bedeutungslos. Da man

Hunderttausenden die Arbeitslosenunterstützung einfach verweigert,

obwohl sie nach den formellen Bestimmungen darauf Anspruch haben, da man weitere Hunderttausende mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln beschäftigt, da man Hunderttausende in die Arbeitsdienstlager gebracht hat, so gibt es überhaupt keinen richtigen Vergleich mehr auf Grund der Zahlen für die unterstützten Arbeitslosen. Wenn man außerdem den Plan verwirklicht, bisher Beschäftigte, die als Arbeitslose keinen Unterstützungsanspruch haben, zu entlassen und dafür unterstützte Erwerbslose einzustellen, so kann man natürlich nach Potemkinschen Muster die Arbeitslosigkeit leicht verschwinden lassen, ohne daß sich in der Wirtschaft die geringste Belebung zeigt.

Je mehr Deutschland vom Weltmarkt abgeschnitten wird, und diese Tendenz wird von Monat zu Monat stärker, desto mehr ist jede Belebung abhängig von der Entwicklung der Massenkaufkraft, also von der Höhe der Löhne und der Gehälter. In keiner Meldung über die Abnahme der Arbeitslosigkeit wird etwas über die Höhe der Löhne gesagt. Der Einzelhandel, die Warenhäuser und die Konsumvereine aber berichten von einem dauernden Rückgang der Umsätze. Zwei Millionen Arbeitslose weniger, zwei Millionen Lohnbezieher mehr, und doch wird weniger gekauft als bisher! Wie reimt sich das zusammen?

Die Lösung des Rätsels ist gar nicht so schwierig. Wir haben bereits früher nachgewiesen, daß die Abnahme der Arbeitslosigkeit ausschließlich in denjenigen Wirtschaftszweigen erfolgt ist, die dafür öffentliche Mittel erhalten haben. In dem nicht subventionierten Sektor der Privatwirtschaft aber sind etwa 400.000 Menschen weniger beschäftigt als im Vorjahr. Die Insassen der Arbeitsdienstlager, die Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft, beim Straßenbau usw. erhalten aber kaum mehr an Lohn als bisher an Unterstützung. Die 400.000 neuen Arbeitslosen aus der Privatwirtschaft erhalten aber weniger an Unterstützung als sie früher an Lohn erhalten haben. Die allgemeine Lohnsumme in der deutschen Volkswirtschaft sinkt also von Monat zu Monat trotz der Abnahme der Arbeitslosigkeit auf dem Papier. Der beste Beweis dafür liegt in dem Ertrag der Lohnsteuer. Jeder Pfennig Lohneinkommen wird von ihr erfaßt. In dem Aufkommen der Lohnsteuer spiegelt sich daher automatisch die Wirtschaftskonjunktur wider.

In den Monaten April bis Juni hat die Lohnsteuer 182.3 Millionen erbracht gegenüber 196.8 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Rückgang beträgt also 14.5 Millionen, also fast 8 Prozent.

Wären im Durchschnitt der Monate April bis Juni auch nur eine Million Arbeitskräfte zu den durchschnittlichen Löhnen neu eingestellt worden, dann müßte die Lohnsteuer statt eines Minderertrages von 15 Millionen einen Mehrertrag von **15 Millionen erbracht haben. Die rapide Abnahme des Ertrages der Lohnsteuer ist die beste Widerlegung des Schwindels von der Abnahme der Arbeitslosigkeit. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit steht auf dem Papier, die Abnahme des Arbeitseinkommens und die weitere Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage ist die Wirklichkeit.**

Der Tausendjahresplan

Auf dem deutschen Tag in Friedrichsdorf setzte sich Reichsstatthalter Soukkel für die freie Wirtschaft ein und lieferte den verdutzten Zuhörern folgenden Lehrsatz:

> Sie müssen diese Anordnungen in Bezug auf die Freiheit der Wirtschaft unbedingt restlos befolgen.
>
> Seien Sie der Ueberzeugung, daß es nicht darauf ankommt, in welchem Tempo wir den Nationalsozialismus als Weltanschauung durchführen, sondern es kommt darauf an, wie er durchgeführt wird. Wenn wir uns anheischig machen, jetzt den Charakter der Zeit für das kommende Jahrtausend zu bestimmen, dann müssen Sie sich klar darüber sein, daß Sie unser Programm und unsere Ideen nicht in einem Jahrhundert durchführen können, sondern daß darüber vielleicht 200 oder 300 Jahre vergehen müssen.

Ehe Hitler zur Macht kam, versprach er sofortige Beseitigung aller Uebel, in seiner ersten Kanzlerrede jedoch vertagte er die Sache auf vier Jahre, dann versprachen seine Palladine das goldene Zeitalter in zehn Jahren und jetzt vertagen sie die großen Reformen auf dreihundert (300) Jahre. Warum haben sie das alles nicht während der letzten Reichstagswahl gesagt? Weil dann selbst dem dümmsten Wähler die Augen auf- und übergegangen wären!

„Verbrecher und Homosexuelle . . ."

Fragen über Fragen.

Der aus Oesterreich ausgewiesene nationalsozialistische Journalist Hönig hielt im bayrischen Rundfunk einen Vortrag über seine „Erlebnisse in österreichischen Gefängnissen" und klagte:

> „Er sei mit Verbrechern und Homosexuellen in eine Zelle gesperrt worden . . ."

Ein Nazi beklagt sich über das Beisammensein mit Homosexuellen? In welcher Welt lebt der Mann eigentlich? Und was sagen die Röhm, Hitler, Heines und andere Römlinge zu dieser Klage?! Setzt Hönig die Homosexellen mit Verbrechern gleich, weil er seine Partei zu gut kennt, oder weil er sie zu wenig kennt? Und das alles im bayrischen Rundfunk? Seit wann ist das ein Schimpfsender gegen das Dritte Reich geworden? Wann fliegt der Funkleiter? Tagelang könnte man fragen.

Rettet den Frieden!

Kongreß der Sozialistischen-Arbeiter-Internationale

Die Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die am 21. August in Paris beginnt, wird sich mit zwei Gegenständen von großer Tragweite beschäftigen: Mit den Konsequenzen, die aus dem Sieg des deutschen Faschismus zu ziehen sind und mit dem Streit, der in der französischen Sozialistenpartei ausgebrochen ist. Beide Dinge hängen sehr eng miteinander zusammen. Sie sind zwei Seiten ein und desselben Problems, des Problems der Machtergreifung und der Machterhaltung.

Die Zerstörung der deutschen Arbeiterbewegung trifft die Arbeiterklasse und den Sozialismus in der ganzen Welt. Nicht überall ist die Bourgeoisie so töricht, sich aus Furcht vor dem roten Teufel den braunen Belzebu zu verschreiben. Aber international verbreitet ist ihre satte Zufriedenheit mit dem Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung, der stärksten der Welt. Von der Krise begünstigt, die die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften in die Defensive trieb, marschiert die soziale Reaktion weiter. Sie denkt nicht daran, den plumpen Hitlerismus zu kopieren, aber, sie fruktifiziert seinen Erfolg überall.

Mit der Verschärfung der Klassengegensätze der Zuspitzung der Parteikämpfe wächst automatisch die Kriegsgefahr. Aehnlich wie 1914 nur noch viel einheitlicher schließt sich die ganze Welt gegen Deutschland zusammen, während Italien wieder wie 1914 eine höchst zweideutige Rolle spielt. Rund um das 3. Reich mehren sich die Zwischenfälle, und an der bayrischen Grenze geht es zu wie an der albanischen — damals als Albanien noch ein wildes Land war. Ausländische Blätter berichten, daß Deutschland in rasendem Tempo aufrüstet, Winston Churchill feiert in öffentlichen Reden, über die kein deutsches Blatt berichten darf, die französische Armee als den stärksten Friedensgaranten der Welt. Schon erhebt sich da und dort der Ruf nach dem Präventivkrieg. „Losschlagen, bevor es zu spät ist". Das war die Parole von 1914. Diese Parole hört man auch heute wieder. Bricht in den Ministerien des Auswärtigen, in den Gesandtschaften, den Generalstäben die Panik aus — wer kann das Unheil dann noch abwenden?

All diese innen- und außenpolitischen Gärungen und Spannungen sind erwachsen auf dem Boden der furchtbaren Wirtschaftskrise, die seit mehr als 4 Jahren die ganze Welt erschüttert und bedroht. Die Aerzte der kapitalistischen Gesellschaft suchen vergeblich nach Heilmitteln. Die sozialistischen Parteien sind aber weder so stark, noch ist das Vertrauen der Massen zu ihnen so groß, daß sie an eine entscheidende Reform der Wirtschaft in sozialistischem Sinne unmittelbar heranzugehen vermöchten. So drängt sich das Problem der Machtgewinnung und der Machtergreifung allen sozialistischen Parteien der Welt von selber auf.

Von einem neuen Krieg ist nichts anderes zu erwarten als neues Elend, neue Zerstörungen, neue Vergewaltigungen. Wie kärglich auf dem Boden eines im Kriege geschlagenen Landes die Früchte des Sozialismus gedeihen, wissen wir deutschen Sozialdemokraten aus eigener Erfahrung. Und war es nicht die ständige Entschuldigung des russischen Bolschewismus für alle seine Fehlschläge und Sünden, daß er seinen Aufbau über den Trümmern beginnen mußte, die der furchtbarste aller Kriege zurückgelassen hatte? In den Siegerländern mögen die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Aufbauarbeit vielleicht etwas günstiger gewesen sein, die politischen waren dafür umso ungünstiger. In England hat die Arbeiterpartei die Macht nicht behalten können, in Frankreich hat die Sozialistenpartei sie bisher noch nicht gewonnen, in Amerika ist die sozialistische Arbeiterbewegung von einem entscheidenden Kampf um die Macht noch viel weiter entfernt.

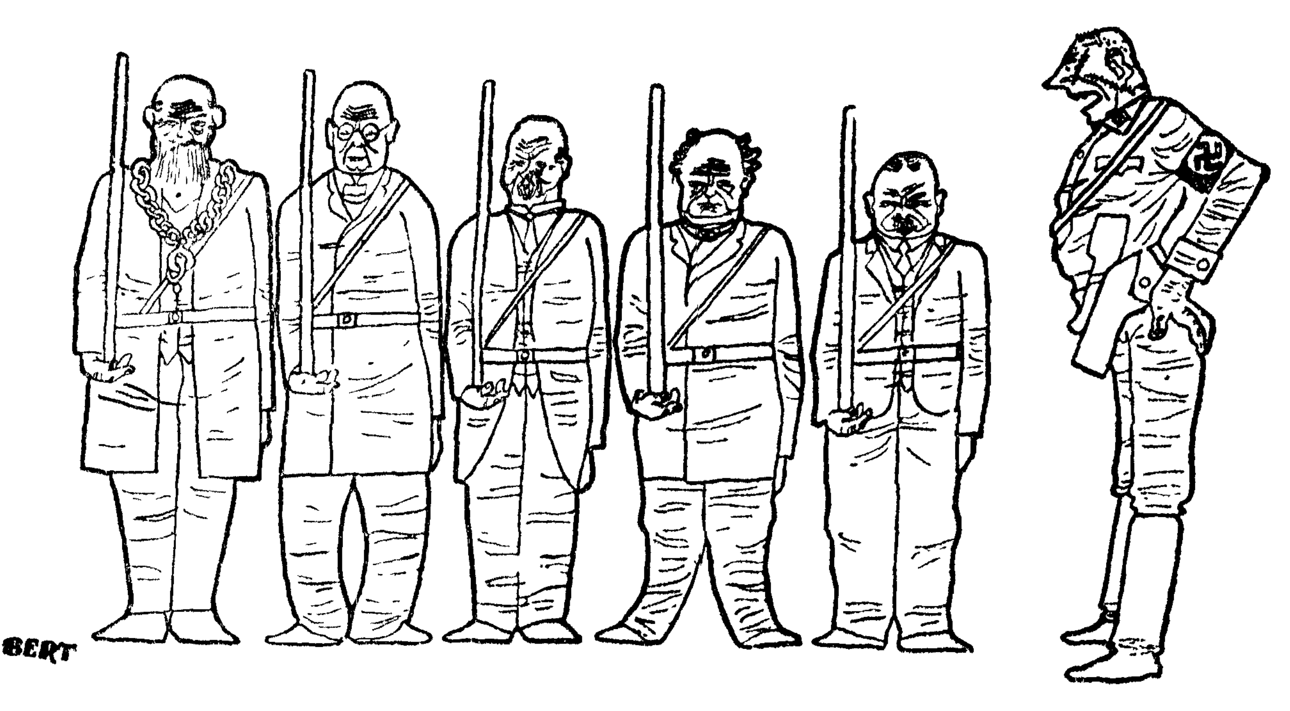
In Deutschland wurde der Rückschlag deshalb so furchtbar, weil dort eine politische Kultur, geschaffen durch ein freiheitlich gesinntes Bürgertum, überhaupt noch niemals existiert hatte. Vielleicht hat zu seiner Stärke aber auch der Umstand mit beigetragen, daß die sozialistische Arbeiterbewegung für die Kapitalistenklasse schon ein zu gefährlicher Gegner geworden war. Man soll nicht vergessen, daß die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften, die jetzt eine so furchtbare Niederlage erlitten, zuvor auf dem Gebiet des sozialen Arbeitrechts Erfolge errungen hatten, die für viele Länder der Welt vorbildlich waren, die dem Unternehmertum aber deshalb destomehr auf die Nerven gingen.

Einer gründlichen Untersuchung der Ursachen ihrer Niederlage wird sich die deutsche Sozialdemokratie nicht entziehen. Sie muß sie vielmehr selber wünschen und fordern. Eine gründliche Untersuchung kann aber von einer Konferenz, die wenige Tage dauert, nicht geleistet, sondern höchstens vorbereitet werden — zumal sich die Konferenz ja auch mit anderen wichtigen Dingen zu beschäftigen haben wird.

Der Streit, der in der französischen Sozialistenpartei ausgebrochen ist, erinnert uns deutsche Sozialdemokraten an Konflikte ähnlicher Art, die in früherer Zeit auf deutschem Boden ausgetragen wurden, an den Streit mit den süddeutschen Budgetbewilligern vor dem Kriege und an den sächsischen Parteistreit nach dem Kriege, der zur Abspaltung der ASP führte. Es ist das alte Problem, wie zwischen dem selbständigen Handeln einer Parlamentsfraktion und dem andersgerichteten Wollen einer organisatorisch übergeordneten Instanz ein Ausgleich erzielt werden kann. Die deutschen Sozialdemokraten können nur den

---

Körperliche Ertüchtigung . . .



. . . von Wissenschaft und Kunst.

Der Parteistaat

Eine Fehlgeburt der Demokratie - Vom Junkerstaat zum Konzentrationslager

Hitler hat den Parteienstaat vernichtet und den Parteistaat an seine Stelle gesetzt. Urkund dessen hat er verordnet wie folgt:

Gesetz gegen die Neubildung von Parteien. Vom 14. Juli 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

§ 2.

Wer es unternimmt, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei aufrechtzuerhalten oder eine neue politische Partei zu bilden, wird, sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis von sechs Monaten bis drei Jahren bestraft.

Berlin, den 14. Juli 1933.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler.
Der Reichsminister des Innern:
Frick.
Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner.

Mit diesem staunenswerten Dokument naiver Unverschämtheit schließt sich bis auf weiteres der Kreis einer hundertjährigen Entwicklung.

Vor hundert Jahren gab es in Deutschland noch keine Parteien, ihre Bildung war streng verboten. In Preußen z. B. war jeder Versuch einer politischen Parteibildung mit Zuchthausstrafe bedroht. Es herrschte unumschränkt, durch keine öffentliche Kritik gestört, der Krieg mit seinen Generälen, Bürokraten und Junkern. Diese Herrenklasse bildete in Wirklichkeit eine Partei, sie hatte es nur nicht nötig, sich so zu nennen, weil ja andere Parteien neben ihr nicht existierten. Kaum hatte die Revolution das Eis gebrochen und die Bildung auch anderer Parteien möglich gemacht, da konstituierte sich die alte Herrenkaste auch schon als „Konservative Partei".

Die Konservative Partei war nun freilich nicht mehr allein. Sie mußte mit anderen Parteien, bürgerlichen und später auch proletarischen, um die Macht kämpfen. Das hat ihr niemals gepaßt, und innerlich hat sie den Anspruch auf Alleinherrschaft auch niemals preisgegeben. Das Geschimpfe auf den „Parteienstaat", das allen Spießbürgern so angenehm in den Ohren klang, war nichts als der Ausdruck der Sehnsucht zurück zur „guten alten Zeit". Keine Parteien mehr, sondern nur eine privilegierte Herrenpartei! Fort mit dem liberalen Parteienstaat, her mit dem reaktionären Parteistaat!

Dieses Ziel ist jetzt erreicht. Der Kreis hat sich anscheinend wieder geschlossen. Aber zwischen dem Parteistaat von 1833 und dem von 1933 liegt eine stürmische ökonomische und politische Entwicklung, liegen Klassenkämpfe, Revolutionen, Putsche, Staatsstreiche und Kriege. Die soziale Struktur sowohl der herrschenden Klassen wie die der beherrschten, änderte sich gründlich. Und darum ist auch der Parteistaat von 1933 anders als der Parteistaat von 1833.

Die alte Herrenkaste sitzt wieder im Sattel, sie genießt mit vollen Zügen ihren Triumph. Aber neben ihr sitzt das Geldsackbürgertum und manche Figur, die ihr noch weniger behagt. Da muß man eben mit den Wölfen heulen, und so ist man heute auch nicht mehr „konservativ", sondern „nationalsozialistisch". In der neuen Führerschicht wimmelt es von Prinzen, Fürsten, Grafen, Baronen und ordinären Landjunkern — auf einen bürgerlichen Regierungspräsidenten kommen schon wieder neun Adlige — aber man ist doch sehr „fürs Volk", und statt vor einer Majestät von Gottesgnaden in Ehrfurcht zu ersterben, tut man das vor einem Anstreichergesellen, den die Vorsehung zum neuen Heiland, Führer und Retter Deutschlands bestellt hat.

Der konservative Parteistaat von 1833 war ein organisch gewachsenes Gebilde von unbegrenzter Borniertheit, aber auch von vollkommener innerer Geschlossenheit. Der nationalsozialistische Parteistaat von 1933 ist vulkanisches Produkt, entstanden aus einem geglückten Staatsstreich, den man fälschlich Revolution nennt, und voll innerer Widersprüche. Er ist nicht mehr nur Herrenstaat, er ist auch Karikatur eines Volksstaates, wobei der zum Alleinherrscher emporgestiegene Schwätzer Adolf Hitler eine Karikatur des Aufstiegs der Arbeiterklasse darstellt — die hohnvollste, die man sich ungefähr vorstellen kann! Und an die Stelle einer einheitlichen konservativen Weltanschauung ist eine gärende Mischung konservativer Ideen, faulender demokratischer oder sozialistischer Gedankenreste und konfuser Rassentheorien getreten, deren Geruch Bewußtseinsstörungen und Erbrechen hervorruft. Läßt sich auf solches Gedankengut ein neuer Staat gründen?

Oft schon ist gesagt worden, daß das Sozialistengesetz im Verhältnis zu den heutigen Verfolgungsmethoden das reine Kinderspiel gewesen ist. So war es in der Tat. An Adolf Hitler gemessen war Bismarck ein Liberaler. Bismarck hat das allgemeine Wahlrecht eingeführt, das Hitler jetzt wieder beseitigt hat. Bismarck hat den Deutschen Reichstag geschaffen, der 66 Jahre lang — 51 in der Monarchie, 15 in der Republik — bestand, bis Hitler ihn zerstörte. Bismarck regierte abwechselnd mit Konservativen, Zentrum und Liberalen. Hitler gedenkt nur mit einer Partei zu regieren, der Hitlerpartei.

Besieht man die Dinge recht, so ist der nationalsozialistische Parteistaat ein Nebeneinander von alt und neu. Zum einen Teil ist er, wie schon gesagt, Wiederkehr des alten vormärzlichen konservaten Parteistaats, soweit er aber etwas von jenem Abweichendes, Neues darstellt, ist es eine Fehlgeburt der demokratischen Entwicklung. Er mag sich noch so sehr bemühen, alle Spuren des „Märzverbrechens" von 1848 und des „Novemberverbrechens" von 1918 zu vertilgen, einige von ihnen haften ihm selber unauslöschlich an.

Der Anstreichergeselle an der Spitze des Staates, die ewigen Berufungen auf einen angeblichen Auftrag des deutschen Volkes, die pseudosozialistische Demagogie — das sind alles Dinge, die der alten Herrenkaste arg wider den Strich gehen, und alles Zeichen dafür, daß selbst die brutalste und dümmste Reaktion auf gewisse scheindemokratische und scheinsozialistische Allüren nicht mehr verzichten kann.

Die Welt hat sich in den letzten hundert Jahren ganz gewaltig geändert, und es wird bestimmt keine weiteren hundert Jahre dauern, bis sie sich abermals gründlich ändern wird. Der Weg der Revolution, 1848 begonnen, 1918 fortgesetzt, ist noch nicht beendet. Er führt über die Trümmer des despotischen Parteistaates, des letzten Herrenstaates der Junker und Kapitalisten zum freien sozialistischen Volksstaat!

F. St.

»Ich großer Lump«

Aber es war nur ein kleiner.

Die „Flensburger Nachrichten" melden aus Itzehoe: Wie die „Schleswig-Holst. Tagesztg." meldet, wurde von SA-Männern mit großem Glockengeläut der frühere Hilfspolizist Otto Lilienthal durch die Straßen von Lockstedter Lager geführt. Er trug ein Schild mit der Aufschrift:

„Ich großer Lump habe das Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse zu Unrecht getragen."

Ebenfalls hatte er sich unberechtigt Titel und Rang beigelegt und dadurch Behörden und Vorgesetzte nicht nur getäuscht, sondern sogar veranlaßt, daß ihm etliche Ehrungen erwiesen wurden. Lilienthal ist eine Reihe von Jahren Mitglied der NSDAP. gewesen. Trotzdem wird diese gefürchtete Volksjustiz jeden treffen, der sich in so schamloser Weise an der Allgemeinheit vergangen hat. Nachdem durch die Polizei die Schwindeleien des L. festgestellt waren, wurde er aus der SA ausgeschlossen und ihm die Uniform und die Abzeichen abgenommen.

So, so, also diese gefürchtete Volksjustiz (!) wird jeden treffen, der sich in so schamloser Weise usw. Wann ist denn da der

Herr Reichsstatthalter Kauffmann in Hamburg

an der Reihe? Der hat sich doch ebenfalls unberechtigter Weise mit dem E.-K. 1. Klasse geschmückt und sich durch eine kleine Urkundenfälschung älter gemacht als er wirklich war, um so verschiedene Ehrungen entgegenzunehmen. Diese Verfehlungen Kauffmanns sind nicht nur durch die Polizei, sondern durch die Gerichte, ja sogar durch den Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Nationalsozialisten selber festgestellt worden. Nach der Machtübernahme aber bekam Herr Kauffmann nicht ein Schild mit einer bösartigen Aufschrift umgehängt, sondern einen sehr fetten Reichsstatthalterposten.

Der Hilfspolizist Lilienthal in Itzehoe war ja doch nur ein kleiner Lump. Wäre er wirklich ein großer gewesen, wäre er längst Minister, Statthalter oder wer weiß was sonst!

Menschenschinder als Justizminister

Unter dem Titel „Hakenkreuz-Terror in Braunschweig" veröffentlicht die „Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen", die von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Zürich eingesetzt ist, eine Broschüre, der wir das folgende grausige Kapitel über den Fall Theissen entnehmen:

„Matthias Theissen, ein alter Frontsoldat, ein überaus kräftiger und tatfreudiger Mann, war Geschäftsführer der Zahlstelle Braunschweig des Baugewerkbundes.

Nachts drangen SA-Leute in seine Wohnung in der Schubertstraße ein. Sie fielen über ihn her. Seine Frau sprang hinzu und erhielt gleichfalls Schläge. Dann wurde der halbbewußtlose Theissen in das „Volksfreund"-Gebäude geschleppt. Man schlug ihn mit Knüppeln und Stahlruten in das Gesicht, auf den Kopf, auf den Mund und in die Augen. Dann zog man ihn über den Tisch und bearbeitete ihn stundenlang mit Fahrerpeitschen. Als die Schläger, von ihrer Arbeit ermüdet, eine Pause machten, fragten sie Theissen, ob er seinen Austritt aus der Partei und seinen Mandatsverzicht erklären wolle. Er antwortete: „Nein!"

Nun rissen die Folterknechte ihm das Zeug vom Leibe und peitschten ihn, bis ihm das Fleisch in Fetzen vom Leibe hing. Sie fragten ihn wieder, ob er die Erklärung abgeben wolle. Wieder antwortete er: „Nein!"

Sie gossen Salzwasser auf den zerschundenen Körper, in das blutige Fleisch. Darauf peitschten sie weiter. Theissen schrie auf: „Ihr Hunde, wenn Ihr mich totschlagen wollt, so

gebt mir eine Pistole, damit ich mich selber erschießen kann."

Wieherndes Gelächter antwortete. Dann brachte man einen Revolver. Theissen setzte ihn an die Stirn und drückte ab. Die Waffe knackte. Sie war leer. Unter viehischem Gejohle geht nach diesem Zwischenspiel die Auspeitschung weiter. Nur aus der ungewöhnlich kräftigen Konstitution Theissens erklärt sich, daß er nicht das Bewußtsein verlor. Plötzlich erschien der

SS-Führer und Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Alpers

aus Braunschweig. Er war mit Theissen aus gelegentlichen Verhandlungen bekannt und sprach ihn an: „Mensch, Matthies, was machst Du denn hier? Hast Du ein bißchen Schläge bekommen?" Darauf sagte Theissen: „Können Sie das verantworten, daß man hier totgeschlagen wird?" Alpers antwortete: „Na, Matthies, Du kannst aber ruhig Du zu mir sagen, wir sind doch Volksgenossen!"

Schließlich fuhr Alpers den Schwerverletzten in die Nähe seiner Wohnung, warf ihn dort heraus und sagte: „So, Matthies, diesmal bist Du noch davongekommen. Sagst Du jemand, daß Du geschlagen worden bist, gehst Du zum Arzt oder in das Krankenhaus, so holen wir Dich wieder! Also hüte Dich!"

Am 8. Mai wurde dieser Alpers braunschweigsicher Finanz- und Justizminister.

Am anderen Tage war Theissens Körper eine einzige schwarzbraune, zerschundene, aufgedunsene, klebrige, blutige Masse.

Er wurde in das Katholische Krankenhaus zu Braunschweig gebracht. Als er sein Ende nahen fühlte, gab er seinen Angehörigen und Freunden die vorstehende Schilderung.

Und er fügte hinzu: „Ich habe im „Volksfreund"-Hause die Genossen Wilhelm Rieke, Heinrich Simon, Fritz Trute, Wilhelm Warnecke und andere auf Strohhaufen liegen sehen. Nur an ihrem Stöhnen konnte ich erkennen, daß noch Leben in ihnen war."

Zwei Wochen lang wälzte sich Matthias Theissen auf dem Krankenlager.

Dann starb er.

Frau Theissen und der Zentralvorstand des Baugewerkbundes in Berlin erstattete Strafanzeige. Daraufhin beschlagnahmte der Staatsanwalt die Leiche. Nun mußte — ein seltener Fall — doch amtlich zugegeben werden, daß der Tod infolge von Mißhandlungen eingetreten war.

Einen Tag vor der Bestattung ihres Mannes wurde Frau Theissen verhaftet. Sie sollte die Photographien herausgeben, die angeblich von ihrem Manne hergestellt waren und den Hersteller nennen . . .

Als der Fall Theissen bekannt geworden war, flüchtete der Rest der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Stadträte.

Alpers aber ist Justizminister in Braunschweig!

England urteilt nüchtern

Die Londoner Finanzrevue „The Economist" veröffentlicht folgende Charakteristik des Hitlerregimes: „Der Hitlerismus besitzt viele Masken und Mundstücke: in einer und derselben Woche predigt der Führer selbst internationalen Frieden, während Herr Heines erklärt, daß der Krieg noch nicht beendet sei, und Herr Papen einen Berserker-Militarismus an den Tag legt. Man kann gleichzeitig von Herrn Hitler hören, daß die Revolution abgeschlossen ist, während ein Parteirundschreiben erklärt, daß unsere Feinde nicht ruhen etc. In diesem Stimmenbabel können wir nicht angeben, welche Stimme die wirkliche Nazi-Politik verkündet — soferne eine solche überhaupt existiert — und inmitten dieser widersprechenden Drohungen der Aktionen, die bloß das Crescendo der Grausamkeit gemeinsam haben, können wir nicht erkennen, welchen Kurs der Steuermann — soferne ein solcher überhaupt vorhanden ist — zu nehmen beabsichtigt.

Wunsch aussprechen, daß nichts geschehen möge, was die Schlagkraft des französischen Sozialismus in dieser gefahrenschwangeren Zeit vermindern könnte. Und daß Mißverständnisse vermieden werden, die sich der Feind zu Nutze machen kann. Mag Leon Blum hundertmal Recht haben, wenn er davor warnt, dem Teufel des Faschismus auch nur den kleinen Finger zu reichen, Renaudel hat nicht weniger recht, wenn er sich und seine Freunde dagegen verwahrt, mit den Faschisten auf eine Stufe gestellt zu werden, wie das jetzt in der bürgerlichen Presse täglich geschieht.

Untersuchungen begangener Fehler, Erörterungen innerer Streitfragen, haben nur dann einen Sinn, wenn sie geeignet sind, unsere Rüstungen im Kampfe gegen den Feind zu verstärken und unsere Pläne zu verbessern. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale wird, des sind wir gewiß, den deutschen Sozialdemokraten, die noch kämpfen wollen und kämpfen können, auch künftig jede mögliche Hilfe zuteil werden lassen. Es handelt sich dabei nicht um das Schicksal dieser oder jener Führergarnitur, sondern es handelt sich um die tapfern Genossen drinnen im Lande, die unter Lebensgefahr den Kampf aufgenommen haben, und von deren Erfolg oder Nichterfolg das Schicksal der ganzen zivilisierten Welt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten abhängt. Es ist die wichtigste Aufgabe der Pariser Sozialisten-Konferenz, Klarheit darüber zu schaffen, wie — bei sorgfältiger Abgrenzung von allen kriegrischen, militaristischen und kapitalistischen Tendenzen — die sozialistisch und freiheitlich gesinnten Menschen der ganzen Welt, zu einer einheitlichen Aktion zusammengefaßt werden können, deren Ziel es sein muß:

Sturz des Verbrecherregimes in Deutschland!

Rettung des Weltfriedens!

Vormarsch des Sozialismus in Deutschland und überall!

Betrogener Mittelstand

Der stillgelegte „Kampfbund“ - Vertagter „ständischer Aufbau“

In dem „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ hatten sich die Nationalsozialisten eine außerordentlich wirksame Propagandaorganisation geschaffen, die den Krieg gegen die Warenhäuser, gegen die Einheitspreisgeschäfte, den großkapitalistischen Handel überhaupt mit besonderer Wucht führte. Seit dem Staatsstreich war der Kampfbund zum

Durchführungsorgan der Mittelstandsforderungen

geworden, der die „Gleichschaltung“ bei den Verbänden und Innungen, bei den Gewerbe- und Handelskammern erzwang, den offiziellen und stillen Judenboykott durchführte, den Kampf gegen Warenhäuser und Konsumvereine bis zu ihrer Vernichtung forderte, für das Verbot der Errichtung neuer Handelsgeschäfte eintrat und das Handwerk gegen neuen Zuzug absperren wollte. Die Nationalsozialisten haben bis vor kurzem die Tätigkeit gerade dieser Organisation gar nicht genug rühmen und preisen können — und jetzt haben sie ihm mit einem Federstrich den Garaus gemacht. Damit ist zur größten Befriedigung der eigentlich kapitalistischen Schicht unter die Rebellion des Mittelstandes gegen das Großkapital von der nationalkapitalistischen Regierung der Schlußstrich gesetzt worden!

Alle Maßnahmen gegen die Warenhäuser und die Konsumvereine, aber auch die Einführung der Handwerkskarte und der Handelskarte, die Kleinhändler und Handwerker vor dem Eindringen neuer Konkurrenten bewahren sollten, müssen jetzt, so verkündete kürzlich einer der „Mittelstandsführer“, zurückgestellt werden — sie seien jetzt nicht aktuell.

Verrat, völliger, grenzenloser

Verrat am Mittelstand,

Bruch aller feierlichen Versprechungen Hitlers — allerdings. Und die Enttäuschung der Betrogenen wird nicht ausbleiben. Aber daß dieser Verrat so schnell und schrankenlos vollzogen wird, zeigt doch neben der demagogischen Skrupellosigkeit der Verräter noch ein anderes auf: die Undurchführbarkeit der Mittelstandsforderungen in der kapitalistischen Gesellschaft, die Utopie der kleinbürgerlichen Rebellion, die sich eingebildet hat, sich vor dem Großkapital und seiner Konkurrenz, den Wirkungen der kapitalistischen Krise retten zu können durch Kurieren an Symptomen statt durch die Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft selbst, die vermeint hat, es genüge, den Demagogen die Staatsmacht auszuliefern, um im Dritten Reich das mittelständlerische Paradies zu verwirklichen. Jetzt haben die Kleinbürger ihre Revolution gemacht und nun müssen sie erleben, wie die neuen Herren sich wie gegen die Arbeiter so gegen den Mittelstand wenden, ihn um die Früchte seiner blinden Anhänglichkeit prellen und wie

stärker als je gegründet ist die Herrschaft des Großkapitals.

Und aus dem Munde des stellvertretenden Reichsführers ihres Kampfbundes, des Stableiter Sohns, können sie jetzt den Hohn vernehmen:

„Man müsse mit Beschämung feststellen, daß die Wirtschaft und er deutsche Mensch noch himmelweit davon entfernt seien, die geistigen, seelischen und moralischen Voraussetzungen für den berufständischen Aufbau zu erfüllen. Viele glaubten, daß bei der Neuordnung der Wirtschaft jeder Konkurrenzkampf ausgeschaltet werden würde. Aber der freie Wettkampf der Besseren gegen die Schlechteren dürfe in der Wirtschaft niemals überwunden werden.“

Bekenntnis zum Manchesterliberalismus wie es im Buche steht, das ist das abschließende Wort des nationalsozialistischen Mittelstandsführers! Und dazu die provozierende Feststellung, daß der nordische, deutsche Edelmensch, der doch sonst alles überragt, für den versprochenen ständischen Aufbau noch lange nicht reif ist!

Aerger ist wohl noch nie von Führern Schindluder mit ihren vertrauensseligen Anhängern getrieben worden!

Der braune Kinokitsch

Ab und zu dämmert so etwas wie Selbsterkenntnis in irgendeinem gleichgeschalteten Blatte auf. Dann wird es gewöhnlich binnen Kürze verboten. Wir prophezeien der „Literarischen Welt“, die zu Berlin erscheint, kein langes Leben, denn sie wagt, die Frage aufzuwerfen: „SA.-Mann Brand ein nationalsozialistischer Film?“ Und läßt folgende Antwort auf dem Fuße folgen:

„Unmittelbar nach dem Siege der nationalen Revolution glaubte der Film.... eine Konjunktur ausnützen zu müssen. Die Herstellungsfirmen kauften wahllos alle Stoffe auf, die national und patriotisch erschienen, engagierten die Darsteller und sahen ein großes Geschäft gesichert...

Der „SA.-Mann Brand“ mußte nach der üblichen Rechnung ein Bombenerfolg werden: aktuell, nationalsozialistisch, sentimental, komisch. Besser konnte die Mischung nicht sein. Aber das Empfinden des Publikums hat sich als recht gesund herausgestellt. Trotz des Fehlens von neuen Filmen hat der „SA.-Mann Brand“ kaum einen Durchschnittserfolg gehabt. In vielen Städten ist er überhaupt abgelehnt worden...

Es ist eine Geschmacklosigkeit, ist nationaler Kitsch, wenn mit den Sieg der nationalen Revolution am 30. Januar der Erfolg eines Ehemanns über seine Pantoffel schwingende Frau in Beziehung gebracht wird. Es ist unsinnig, die kommunistische Gefahr durch plumpe Schwarz-Weiß-Zeichnung ins Komische zu ziehen.

Wir haben dem vernichtenden Urteil nichts hinzuzufügen. Neugierig sind wir nur darauf, wie lange die deutschen Lichtspielhäuser solche und ähnliche patriotische Pleiten noch aushalten.

An unsere Leser

In Hitlerdeutschland kann man es heute erleben, daß plötzlich auf allen Straßen und Plätzen einer Stadt die Passanten von braunen Söldnern durchsucht werden. Man fahndet nach

„verbotenen Schriften“

nach kritischer Literatur. Die „nationale Erneuerung“ kann keine Wahrheit vertragen, so geistig und moralisch schwach sind die Grundfesten dieses Schandsystems!

Darum fordert Göring den Tod für jeden, der eine oppositionelle Meinung laut werden läßt! Darum schauen die Nazidiktatoren bereits zu Kema Pascha und seinen asiatischen Methoden empor! So bangen sie vor dem gedruckten Wort — der anderen!

Asiatisches Henkertum jedoch kann die steigende Welle der Empörung wohl hemmen, auf die Dauer aber nicht bannen. Durch tausend Kanäle muß die Wahrheit von allen Seiten in das verknechtete Land dringen.

Seit Mitte Juni erscheint der

„Neue Vorwärts“

als antifaschistisches Kampfblatt der deutschen Sozialdemokratie. Der Verkauf im Ausland wie die Nachfrage in Hitlerdeutschland bezeugen das wachsende Interesse, das man unserem Wochenblatt entgegenbringt. Jede Nummer wurde von unseren Anhängern drüben begrüßt, wurde von tausenden Tapferen verbreitet. Für jede Weitergabe wagen unsere Tapfersten alles: Freiheit, Familie, Leib und Leben.

Mannigfache ideelle und materielle Opfer fordert dieser Kampf. Darum ist der „Neue Vorwärts“ teurer als andere Blätter, darum ist sein Preis höher. Zeitungen für sozialistische Revolutionen werden nicht aus kapitalistischen Kassenschränken finanziert, sie müssen schon an den Idealismus ihrer Leser, an den

Opferwillen der freiheitlichen Menschen

appellieren. Was der „N. V.“ abwirft, mehrt jenen Fonds, ohne den ein Kampf unmöglich ist. Für jede Mark Ueberschuß gehen revolutionäre Blätter ins III. Reich. Welcher unserer Leser möchte um Heller feilschen, wenn mit diesen Hellern tausenden Tapferen drüben der schwere, opfervolle Kampf erleichtert wird?

Wer im Trocknen sitzt, soll doppelt gern opfern! Wer freie Luft atmet, soll wenigstens mit materieller Gabe denen danken, die an der Front der Freiheit ihr Leben einsetzen. Wer Bestialität und faschistische Barbarei haßt, soll die Klingen der revolutionären Kämpfer schärfen helfen, indem er das Kampfblatt der deutschen Sozialdemokratie unterstützt und

für den „Neuen Vorwärts“ wirbt.

Eine unbequeme Frage und eine dürftige Antwort

Zwischen zwei Prager Linksblättern ist eine Polemik über die Aufgaben Sowjetrußlands im Kampfe gegen die Hitler-Diktatur entstanden. Die „Neue Weltbühne“ fragte:

„Warum hat Sowjetrußland 1920 alle staatlichen Mittel versucht und verwendet, die gefangenen ungarischen Revolutionäre aus den Zuchthäusern zu holen und warum ist die konsolidierte Sowjetunion 1930 „gezwungen“ selbst den Versuch zu unterlassen?“

Die Antwort des kommunistischen „Gegenangriff“ lautete:

a) „1920 gab es auf dem Gebiet der Sowjetunion noch hunderte ungarische Aristokraten als Kriegsgefangene. Aus ihnen Austauschgefangene zu machen, war nicht schwer. Heute müßte man den deutschen Botschafter verhaften — oder die deutschen Techniker und Ingenieure, die am Sowjetaufbau mitarbeiten.“

b) „1919 war die Sowjetunion noch mit allen Staaten im Kriege. Heute lebt sie mit allen Staaten in Frieden. Würde sie zum Boykott greifen, so würde sie den Frieden brechen.“

Sehr realpolitisch, aber staatsmännisch gedacht! Aber — „revolutionär“?

Italien nicht judenrein!

„In Deutschland hat infolge der nationalsozialistischen Revolution eine ganze Schriftstellergeneration vom Schauplatz abtreten müssen. Die faschistische Revolution hatte keinen derartigen Umbruch zur Folge. So wundert sich denn auch der Neuling, der frisch von Deutschland nach Italien kommt, in den Schaufenstern der Buchläden zahlreiche Uebersetzungen von Werken solcher Schriftsteller (Zweig, Wassermann, Emil Ludwig u. a.) zu finden, deren Bücher in Deutschland auf den symbolischen „Scheiterhaufen verbrannt worden waren.“ („Vossische Zeitung“.)

Sie stehlen weiter!

Die Geheime Staatspolizei teilt mit, daß sie das Vermögen der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. und die Geschäftsanteile der „Vorwärts“-Verlags-G. m. b. H. für den preußischen Staat einbezogen und auf die vom preußischen Staat bereits gestohlene Konzentrations-A.-G. übertragen hat. Das Gleiche sei erfolgt hinsichtlich der Grundstücke und des Vermögens der Volksfunk-G. m. b. H.

Die Bezugnahme auf eine angebliche gesetzliche Grundlage für diesen Diebstahl wird weder von uns noch von irgend einem rechtdenkenden Menschen anerkannt werden. Unternehmungen, Grundstücke und Maschinen aber haben erst Wert, wenn Menschengeist sie zu einem sinnvollen Tun zusammenfassen. Den Geist, der die sozialdemokratischen Unternehmungen groß und lebensfähig gemacht hat, haben die Nazis nicht mit stehlen können. Er wird dafür sorgen, daß sie sich nicht lange des Besitzes an geraubtem Gut erfreuen können.

„... ohne Dank zu fordern“

Der Nazidichter Schauwecker wirbt in einem Aufsatz der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ für ein „beispielhaftes Leben“, das jedoch mit Opfern und Entsagung verbunden sei. Er führt Fälle solch vorbildlichen Lebens an, findet jedoch unter der Nazibonzerie kein Beispiel, weshalb er sich an den unbekannten Soldaten hält:

„Beispielhaft war der heroische Kampf der deutschen Soldaten im Weltkrieg, die in Dreck und Feuer fürs Vaterland aushielten, ohne Dank zu fordern . . .“

Und die heute zum Dank für ihr Ausharren in Dreck und Feuer zu Millionen verfolgt, geächtet, rechtlos und brotlos gemacht, in Konzentrationslager gesperrt, mißhandelt und erschlagen werden! Alles im Auftrage eines Nazi-Halunkentums, das in fetten Aemtern und Posten ein beispielhaftes Leben lebt, wie die Made im Speck! Von dieser beispiellosen Gemeinheit darf kein Schauwecker berichten, weil das III. Reich nur Kreaturen duldet.

Geschäftsrisiko

Verlumpte Nazijustiz.

Ein jüdischer Geschäftsmann erhob Schadenersatzklage beim preußischen Staat, weil sein Unternehmen durch SA.-Banden unter wohlwollender Duldung der Polizei völlig zerstört worden war. Das Landgericht Berlin wies die Klage kostenpflichtig ab mit der Begründung, ein jüdischer Unternehmer, der in Deutschland ein Geschäft betreibe, müsse sich darüber klar sein, daß dies eine außerordentliche Provokation gegenüber der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes bedeute. Er müsse daher von vornherein mit der Möglichkeit einer Zerstörung seines Geschäftes rechnen; diese Gefahr sei ein Teil des Unternehmerrisikos, das jeder Jude in Deutschland zu tragen habe.

Aber welches Geschrei stimmt die nationalsozialistische Regierung an, wenn die Hafenarbeiter anderer Staaten sich weigern, hakenkreuzbeflaggte Schiffe zu entladen, wenn irgendeinem deutschen Konsulat die Fensterscheiben eingeworfen werden, wenn führende Politiker des Dritten Reiches — wie Rosenberg — im Ausland weidliche Grobheiten zu hören bekommen. Entweder — oder! Entweder das neue Deutschland schafft im eigenen Machtbereich dem menschlichen Recht eine Stätte oder es erkennt — wie es in Wahrheit geschieht — rohestes Faustrecht an. Dann darf es sich nicht wundern, wenn es von der Welt entsprechend behandelt wird. Dann muß es seinerseits alle ihm zugefügten Fußtritte auf „Geschäftsrisiko“ buchen. Oder glauben die braunen Raubritter wirklich, sie seien den zivilisierten Staaten angenehmer, als ihnen selbst die Juden sind? Haben sie noch immer nicht kapiert, daß ihr sadistischer Tyrannenwahn — um die Worte des oben wiedergegebenen Gerichtsurteils zu gebrauchen — „für die überwältigende Mehrheit der übrigen Weltbürger eine außerordentliche Provokation bedeutet?“ Was Ihr anderen tut, das wird euch angetan werden!

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia“, Karlsbad.
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.